

## AKTUELL

RÜCKFÜHRUNGEN

# Ein menschliches Verfahren

Christiane Walerich

**So kurz vor den Wahlen sollen auch die Migranten-Rückführungen einen menschlichen Anstrich erhalten. Doch ist die „Organisation internationale pour les migrations“ keineswegs unumstritten.**

Die "Organisation internationale pour les migrations (OIM)" mit Sitz in Genf ist 1951 aus den Aktivitäten des "International Refugee Committee" (IRC) hervorgegangen. Ihr Auftrag war, sich um die Wiedereingliederung von Kriegsflüchtlings zu kümmern. Inzwischen hat sie jedoch auch große Erfahrung in Sachen Abschiebung bzw. Rückführung erworben, wie der Immigrationsminister Nicolas Schmit letzten Freitag bei der Unterzeichnung eines erneuten Abkommens mit dem Verantwortlichen der Organisation in Brüssel, Bernd Hemingway, lobend feststellte.

Erhielten Personen, die keine Aufenthaltsgenehmigung in Luxemburg bekommen und in ihre Rückführung eingewilligt hatten, bisher vom Familienministerium nur einen kleinen Geldbetrag, so wird nun in einem vor einigen Monaten gestarteten Pilotprojekt im Bereich der Rückführungen eine wirkungsvollere Art der Hilfe erprobt: Im Kosovo hat die OIM Rückkehrende bei der Reintegration in ihr Heimatland unterstützt, indem sie ihnen bei der Wohnungs- und Arbeitssuche hilfreich zur Seite stand. „Wir konnten beim letztem Besuch vor Ort feststellen, dass eine Reihe von Personen absolut von den Erleichterungen der OIM profitieren konnten und sich ein kleines Unternehmen oder einen landwirtschaftlichen Betrieb aufgebaut haben“, meint Schmit. Aufgrund dieser guten Erfahrungen, und weil noch weitere Rückführungen von Personen anstehen, soll die Zusammenarbeit mit der OIM auf andere Länder, insbesondere in Afrika, ausgedehnt werden.

Aber nicht nur geographisch will die Regierung zukünftig die Zusammenarbeit mit der OIM erweitern - der Kreis der Betroffenen soll auch in anderer Hinsicht ausgedehnt werden: Beschränkten die sich bisher im wesentlichen auf abgelehnte Asylbewerber, so sollen künftig auch jene Personen, die sich illegal auf luxemburger Territorium aufhalten, in die Rückführungsmaßnahmen einbezogen werden. Das neue Abkommen mit der OIM sieht bis Jahresende eine



Es gehe um Integrationshilfe, heißt es bei der Vertragsunterzeichnung mit der „Organisation internationale pour les migrations“, vertreten durch Bernd Hemingway. Ganz anders sehen dies kritische Organisationen.

staatliche Zahlung von rund 185.000 Euro vor. „Ich sehe auch für die zukünftige Regierung ein absolutes Interesse darin, die Kooperation mit der OIM weiterzuführen“, erklärt Schmit. „Wenn wir eine Politik der Abschiebung machen wollen, sind wir auf ausländische Präsenz angewiesen“, so sein Argument.

Bedenklich ist jedoch, dass diese Organisation zunehmend mit Rechtsbefugnissen ausgestattet wird, um eine europäische Migrationspolitik zu organisieren. In diesem Kontext verwundert auch die Aussage des OIM-Vertreters Bernd Hemingway kaum: „Von unserer guten Zusammenarbeit wird unsere weltweite Präsenz mit 400 Büros profitieren. Die Teilnahme von Luxemburg an den Rückführungsprogrammen bestärkt auch die europäischen Nachbarländer darin, die gleichen Maßnahmen zu ergreifen, um ein großes Maß an Rückkehrkoordination zu haben, aber auch an Reintegrationsmaßnahmen durchzuführen“, so Hemingway.

Mit welchem Mandat darf die „Organisation internationale pour les migrations“, die globalen Migrationsströme leiten und letztlich auch das Asylrecht aushöhlen? Und nach welchen Kriterien operiert sie eigentlich? Das sind weiterhin offene Fragen. Dabei ist die OIM, der mittlerweile einige hundert Mitgliedsstaaten angehören und die sich selbst als „l'organisation

internationale leader pour les migrations“ betrachtet, in der Vergangenheit nicht immer positiv aufgefallen. Ende der 80er Jahre wurde das Aufgabenfeld der OIM neu definiert: Es wurden Außenposten an den europäischen Grenzen zur Kontrolle der Migrationsströme eingerichtet. Indem diese über Migrationsströme informierten, bauten sie zugleich ein zunehmend global operierendes Präventionssystem gegen Migration auf. Und exportierten das europäische Modell der Migrationskontrolle in andere Regionen wie etwa Nordafrika.

In den letzten Jahren ist die OIM zunehmend zu einer komplexen transnational operierenden Organisation geworden, die sich nicht auf reine Migrationspolitik - vor allem die Rückführung von Exilanten - beschränkt, sondern an der Entwaffnung der „Guerillas“ im Kosovo, dem Kongo und Angola mitgewirkt hat und in diversen Ländern zunehmend in die zivile Verwaltung einbezogen worden ist. Gerade im Kosovo, im Vakuum der Nachkriegszeit, implantierte sich die OIM als eine Art Staatsersatz, indem sie zum Beispiel gewisse Steuerungsfunktionen auf kommunaler Ebene übernahm. Ein extremes und etwa von dem europäischen Netzwerk „No Border network“ kritisiertes Beispiel der bedenklichen Arbeitsweise der OIM ist der Fall der Insel Nauru im pazifischen Ozean: Um zu verhindern,

dass Flüchtlinge aus Afghanistan, Iran oder dem Irak auf australisches Territorium gelangten, wurden Flüchtlingsboote abgefangen und die Betroffenen auf die Insel Nauru verfrachtet, wo die OIM Verwahrungslager für 1.300 Menschen unterhielt. Der Zugang zu diesen soll Journalisten und auch Mitgliedern von Amnesty International verwehrt worden sein.

Auch im Bereich des so genannten Menschenhandels engagiert sich die OIM aktiv. Jedoch wird man bei dem Informationsmaterial der OIM in Bezug auf die „traite des êtres humains“ den Verdacht nicht los, dass hinter der humanistischen Präventionspolitik der OIM gegen Menschenhandel letztlich auch wieder eine Politik der Kontrolle steckt, die den Menschenhandel in Verbindung mit einem generellen Kampf gegen alle Formen von Migration bringt.

Die Praxis der OIM wurde vor einigen Jahren schon einmal von Amnesty International und Human Rights Watch kritisch hinterfragt. Letztere erklärte ihre wachsende Besorgnis über das zunehmende Engagement der OIM „alors que cette organisation n'a aucun mandat explicite en matière d'expertise et de protection de ceux ayant besoin d'une protection internationale.“ Viel weiter in seiner Kritik ging schon einmal der „Roma National Congress“ (RNC): „Cette organisation est connue de nous comme le laquais qui, depuis des années, se charge de la déportation autoproclamée ‚retour‘ des Roms et Sintis ne pouvant être faite par les Etats. C'est le sale boulot, dans l'ombre, dans un espace extra-légal. C'est une organisation mercenaire.“

Ob die „Organisation internationale pour les migrations“ tatsächlich Ausgewiesenen wieder zu einem autonomen Leben in ihrer Heimat verhelfen konnte, sei dahingestellt. Wie auch immer die Arbeitsweise der OIM vor Ort ausfällt, sie wird nicht dazu beitragen das Phänomen Migration zum Verschwinden zu bringen. Migration ist Teil einer globalen Welt. Auch wenn die Kontrollen an den europäischen Außengrenzen noch immer von dem Willen der EU zeugen, den Status quo im Bereich der sozialen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten aufrecht zu erhalten.